

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2329

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2329



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

ABSTIMMUNGSDOSSIER

«ATOMAUSSTIEG»

NEIN

Noch selten hat der Name einer Initiative dem Volk so dreist das Gegenteil dessen vorgegaukelt, was bei Annahme der Initiative tatsächlich zu erwarten wäre: Eine chaotische Suche nach Ersatz für die bald wegfallende Kernenergie. Die von der Initiative in Aussicht gestellte Substitution durch erneuerbare Energien ist völlig illusorisch. Auch in Bezug auf Effizienzsteigerungen und Energiesparmassnahmen verbreitet die Initiative reines Wunschdenken. up! lehnt nicht nur diese fundamentalistische Initiative ab, sondern fordert grundsätzlich den Ausstieg aus dem Ausstieg.

von
**Hans
Rentsch**



ANGRIFF AUF VERSORGUNSSICHERHEIT

Ohne sichere und wirtschaftliche Stromversorgung läuft in einer modernen Volkswirtschaft nichts. Die Atomausstiegs-Initiative ist ein direkter Angriff auf die Versorgungssicherheit. Innerhalb der nächsten 12 Jahre würde die gesamte AKW-Kapazität wegfallen, die heute sehr zuverlässig 40% unserer gesamten Stromproduktionskapazität liefert. Die Initianten fordern als Ersatz zur Schliessung der entstehenden Angebotslücke drei Massnahmen: Energiesparmassnahmen, die effiziente Nutzung von Energie und die Erzeugung erneuerbarer Energien.

Alle drei Ansätze werden den Erwartungen an sie nicht gerecht. Wenn die Initianten von Energiesparmassnahmen und von effizienterer Nutzung der Energie sprechen, denken sie an einen reduzierten Stromverbrauch. Alle ernsthaften Prognosen gehen jedoch von einer noch beträchtlich wachsenden Stromnachfrage aus. Gerade der von grüner Seite geforderte Ausstieg aus fossilen Energien wird den Strombedarf stark erhöhen. Aus Erfahrung weiss man, dass die Steigerung der Energieeffizienz den Gesamtverbrauch in der Regel nicht gesenkt hat. Denn bei sinkenden Preisen steigt die Nachfrage, auch „rebound effect“ genannt.

Wenig realistisch ist die Erwartung, man könne die wegfallende Bandenergie aus AKWs massgeblich durch den Ausbau erneuerbarer Energien, besonders aus Wind und Sonne, ersetzen. Zufällig anfallender Wind- und Solarstrom ist für eine sichere Stromversorgung ein anderes Produkt als zuverlässig produzierte permanente Bandenergie aus AKWs. Die beiden Stromprodukte sind keine Substitute, sondern komplementär. Es ist total verkehrt, die konventionelle Stromproduktion mit riesigem Aufwand den zufälligen Schwankungen der neuen Erneuerbaren anpassen zu wollen. Das kann nur auf Kosten der Versorgungssicherheit geschehen.

ANGRIFF AUF DEN KLIMAFREUNDLICHSTEN STROMMIX

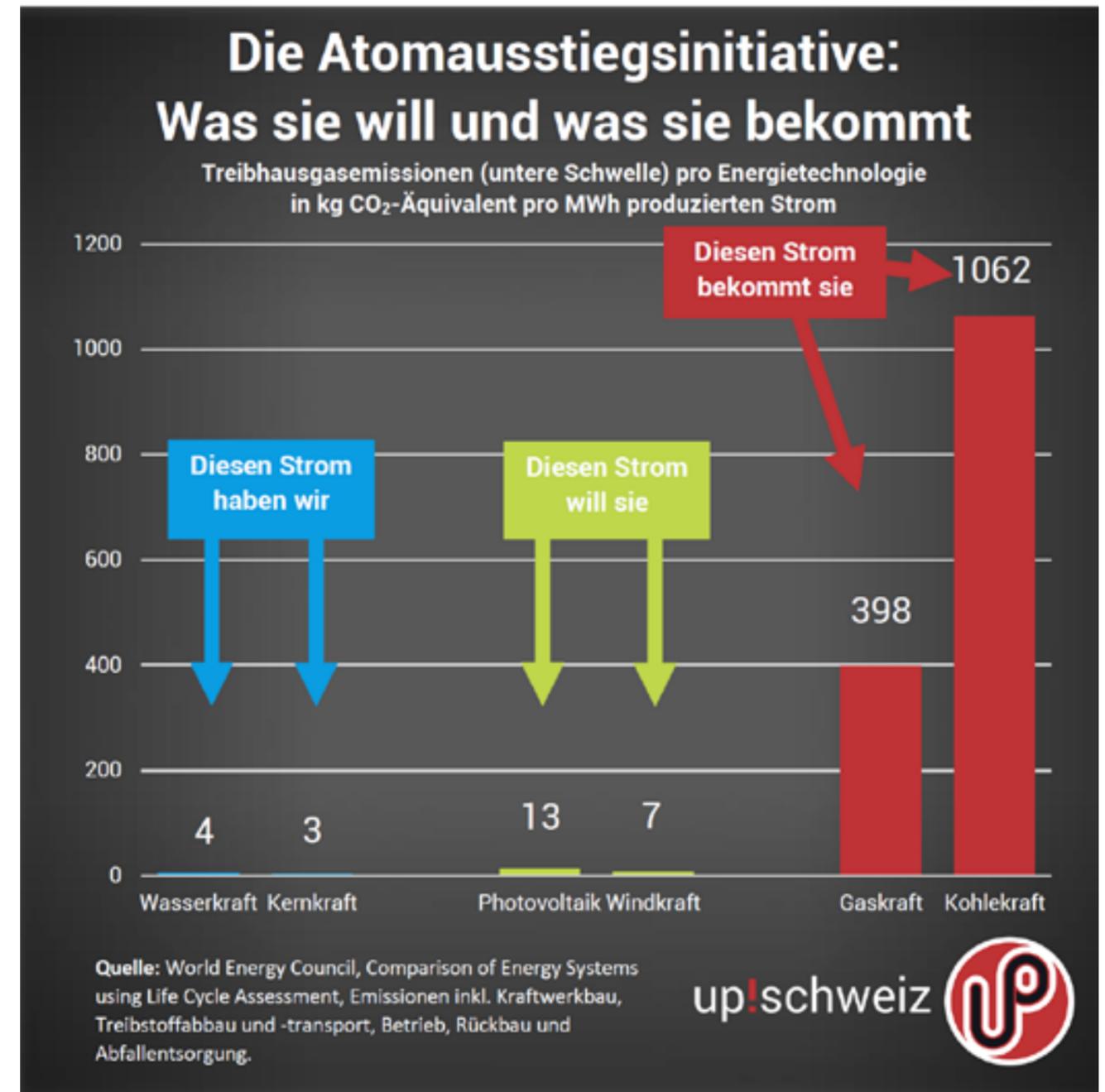
Die Schweiz produziert ihren Strom dank Wasser- und Kernkraft praktisch CO₂-frei. Wind- und Solaranlagen brauchen in Wetterphasen niedriger Produktion ein Back-up mit konventionellen Kraftwerken - dies nach der Regel: je mehr Erneuerbare, desto mehr Back-up. Die schweizerischen Speicherkraftwerke reichen zwar aus für die Überbrückung kurzer Stromlücken im Tagesverlauf, nicht aber für den saisonalen Ausgleich. Eine wirtschaftliche Lösung durch Stromspeicherung im grossen Ausmass liegt noch in weiter Ferne. Realistischer-

weise kämen für den Ersatz der AKW-Kapazitäten nur völlig unsichere Lösungen in Frage, die erst noch grünen Anliegen diametral widersprechen, nämlich mehr Importe aus Kohle- und Atomkraftwerken oder der Bau von Gaskraftwerken.

Die deutsche „Energiewende“ stellte den ganzen Strommarkt auf den Kopf. Die Hunderte Milliarden teure staatliche Förderung von Wind- und Solarstrom verantwortet eine gewaltige Marktverzerrung zulasten der konventionellen Stromproduktion. AKWs und Wasserkraft können mit den politisch gedrückten Strompreisen ihre Vollkosten nicht mehr decken. Gemäss Initiative müsste die Schweiz, mit klimatisch ähnlichen Voraussetzungen wie Deutschland, auf die gleiche Energiestrategie mit massiv subventionierter Förderung von Wind- und Solaranlagen setzen. So würde sich die schweizerische Produktion zur deutschen addieren und die Marktverzerrung noch verstärken. Dies träge ausgerechnet unsere wichtigste und umweltfreundlichste Stromerzeugung, jene aus Wasserkraft.

ANGRIFF AUF DIE WIRTSCHAFTLICHE VERNUNFT

Die Unsicherheit über die künftige Stromversorgung würde grosse Risiken schaffen - speziell auch, was die volkswirtschaftlichen Kosten betrifft. Erstens sind die künf-



tigen Möglichkeiten von Stromimporten überhaupt nicht abschätzbar. Dies gilt für die Schweiz noch ganz besonders, da sie den Anschluss an den integrierten europäischen Strommarkt aus institutionellen Gründen verpasst hat. Die rechtlich kaum abzuwehrenden Entschädigungsforderungen der Stromkonzerne in Milliardenhöhe träfen in letzter Instanz Stromkunden und

Steuerzahler. Das Argument der Initianten, die Betreiber verlören heute mit jeder produzierten Stromeinheit Geld und müssten über einen raschen Ausstieg froh sein, ist falsch. Denn dann müssten auch alle anderen Kraftwerke, mit Ausnahme alter abgeschriebener Kohlekraftwerke, abgestellt werden, weil die gegenwärtigen Grosshandelspreise von 3 bis 4 Rappen praktisch

nirgendwo mehr die Produktionskosten voll decken. Solange aber die Preise ausreichen, um die variablen Kosten mehr als zu decken, verkleinert der Beitrag an die fixen Kosten den Verlust. Zudem weiss niemand, wie sich die Strompreise künftig entwickeln werden. Vom heutigen tiefen Niveau aus ist ein künftiger Anstieg eher wahrscheinlich als ein weiterer Preiszerfall.

Jedoch würden die Kosten eines überstürzten Atomausstiegs weit über den bereits beträchtlichen Aufwand hinausgehen, der sich für die Stilllegung in den Bilanzen der betroffenen Stromkonzerne (oder allenfalls in öffentlichen Haushalten) niederschlagen würde. Unsere moderne Gesellschaft benötigt über das ganze Jahr zu jeder Zeit zuverlässig elektrische Energie zu Preisen, die eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft erst ermöglicht. Wird die Initiative angenommen, ist die heutige hohe, wirtschaftlich vorteilhafte Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet. Der überstürzte Ausstieg aus der Kernkraft schafft für die künftige Strompolitik grosse Unsicherheit und zwingt zu teuren Ersatzlösungen bis hin zu obrigkeitlich verordneten Einschränkungen des Konsums. Die volkswirtschaftlichen Kosten einer unsicheren Stromversorgung sind schwer abzuschätzen und deshalb leicht auszublen- den, sind aber durchaus real.

DIE BEDENKLICHE MORAL VON DER GESCHICHTE

Die Atomausstiegs-Initiative kommt mit hohem moralischem Anspruch daher. Doch überall auf der Welt, wo sich die Energiepolitik an den praktischen Bedürfnissen und Prioritäten der Gesellschaft orientiert, ist die Kernkraft im Aufwind. Auch alle namhaften Exponenten der offiziellen Klimapolitik im Sinne des Weltklimarats IPCC sind sich einig, dass nicht auf die Kernkraft verzichtet werden sollte. „Eine weitere Nutzung der Kernenergie würde uns davor bewahren, ethisch bedenklich zu handeln“, sagte Eduard Kiener, der frühere Direktor des Bundesamtes für Energie, in einem Interview mit dem Tages-Anzeiger.

Welche Moral hat ein Artikel in der Bundesverfassung, der den künftigen Bau von Kernkraftwerken verbietet und damit künftigen Generationen Alternativen verbaut? Alternativen dank einer Technologie, die absehbar vor grossen Entwicklungsschritten steht, gerade was die entscheidenden Forderungen grüner Politik, nämlich die Sicherheit und die Entsorgung bzw. Wiederverwertung von Atomabfällen betrifft. Auch wer die Atomausstiegs-Initiative an ihrem ethischen Anspruch misst, kann sie nur ablehnen.

up! lehnt nicht nur diese fundamentalistische Initiative ab, sondern fordert grundsätzlich den Ausstieg vom Ausstieg.